

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter Stephan Bothe (AfD)

Sicherheitsüberprüfung von Asylbewerbern

Anfrage des Abgeordneten Stephan Bothe (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 06.07.2024

Im November vergangenen Jahres wurde bekannt, dass das SPD-geführte Bundesinnenministerium das in seinem Geschäftsbereich angesiedelte Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) anwies, die Sicherheitsüberprüfung in Asylverfahren zu reduzieren, um die Verfahren zu beschleunigen und so des Anstiegs der Asylbewerberzahlen Herr zu werden. Diese Maßnahme, die aufgrund der bundesweiten Verteilung der Asylbewerber Einfluss auf die Sicherheitslage in Niedersachsen hat, sollten vorübergehend sein, allerdings „bis auf Weiteres gelten“¹.

Cicero Online berichtete am 2. Juli 2024², dass die Bundesregierung etwa zwei Dutzend Afghanen im Rahmen eines Aufnahmeprogramms in die Bundesrepublik eingeflogen habe, obwohl diese ungültige Pässe vorgelegt hätten. Wegen des Vorgangs habe die Staatsanwaltschaft Berlin Ermittlungen gegen mindestens einen Mitarbeiter des von Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) geführten Auswärtigen Amtes eingeleitet. Bereits vorher war das Aufnahmeverfahren in die Kritik geraten und zeitweise ausgesetzt, nachdem der deutsche Botschafter in Islamabad vor dem Missbrauch durch Islamisten gewarnt hatte.

Auf meine bisherigen Fragen zum Aufnahmeprogramm³ anlässlich bekannt gewordener Fälle von zweifelhaften Identitäten, tatsächlichem Gefährdungstatus und eingeflogenen mutmaßlichen Anhängern des Islamischen Staates (IS), der Taliban und Scharia-Richtern erklärte die Landesregierung u. a., sie habe keine Erkenntnisse über Sicherheitsprobleme, Zweifel an Identitäten und Gefährdungstatus sowie Verbindungen von in Niedersachsen aufgenommenen Afghanen zum IS oder den Taliban und könne die Frage, ob über das Aufnahmeprogramm eingereiste Afghanen eine Straftat begangen haben oder in das Visier von Sicherheitsbehörden geraten sind, nicht beantworten. Das Aufnahmeprogramm wurde in dieser Antwort vom 29. Dezember 2023 seitens der Landesregierung weiterhin befürwortet. Seither haben sich mehrere schwere Straftaten durch afghanische Staatsbürger ereignet, darunter der besonders aufmerksamkeitsregende Terroranschlag in Mannheim, bei dem mehrere Menschen schwer verletzt wurden und ein Polizist verstarb.

Einem Bericht der *Welt*⁴ zufolge konnte Niedersachsen im Gegensatz zu Baden-Württemberg, wo derartige Fälle in einem „Sonderstab Gefährliche Ausländer“ bearbeitet werden, auf Anfrage des *Evangelischen Pressedienstes* keine Angaben zu in Niedersachsen aufhaltigen Menschen aus Afghanistan und Syrien machen, die schwere Straftaten begangen haben.

1. Werden die Sicherheitsüberprüfungen durch das BAMF weiterhin nur eingeschränkt durchgeführt? Falls nein, seit wann erfolgen diese wieder vollumfänglich? Falls ja, ist der Landesregierung bekannt, ob inzwischen absehbar ist, ab wann die Überprüfungen wieder umfassend durchgeführt werden sollen, oder gilt die Vorgabe zur eingeschränkten Überprüfung weiterhin „bis auf Weiteres“?

¹ https://www.focus.de/politik/deutschland/sicherheitschecks-reduzieren-faesser-will-asylbewerber-weniger-gruendlich-pruefen-um-verfahren-zu-beschleunigen_id_243246832.html

² <https://www.cicero.de/aussenpolitik/visa-affare-im-auswaertigen-amt-bundesregierung-hat-afghanen-mit-falschen-papieren-ins-land-geholt>

³ Drs. 19/3213

⁴ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article251904742/Umfrage-unter-Bundeslaendern-Zahl-schwerer-Straftaeter-aus-Afghanistan-ist-unbekannt.html>

2. Erfolgte nach Bekanntwerden der reduzierten Sicherheitsüberprüfungen Maßnahmen auf Landesebene, um die Einschränkungen seitens des Bundes auszugleichen? Falls ja, welche? Falls nein, warum nicht?
3. Wie viele Afghanen, die im Rahmen des Aufnahmeprogramms bislang eingeflogen wurden, haben in Niedersachsen Aufnahme gefunden?
4. Wie viele der Afghanen, die mit ungültigen Pässen eingeflogen wurden, haben in Niedersachsen Aufnahme gefunden? Wurden bezüglich dieses Personenkreises besondere Maßnahmen im Hinblick auf etwaige Sicherheitsüberprüfungen oder Identitätsfeststellungen veranlasst?
5. Wie bewertet die rot-grüne Landesregierung die Maßnahmen der SPD- bzw. von Bündnis 90/Die Grünen geführten Bundesministerien? Sieht sie durch diese Belange des Landes Niedersachsen berührt, und wie verhält sie sich gegebenenfalls gegenüber der Bundesregierung bzw. den Fachministerien?
6. Befürwortet die Bundesregierung, nachdem das Aufnahmeprogramm für Afghanen mehrmals (von Beobachtern teils als erheblich eingestufte) Sicherheitsmängel aufwies und Afghanen nach Zahlen des Bundeskriminalamtes⁵ zu den besonders kriminalitätsbelasteten Zuwanderergruppen gehören, das Aufnahmeprogramm für Afghanen weiterhin?
7. Werden Asylbewerber, die bei der Landesaufnahmebehörde registriert werden, im Hinblick auf ihre Identität, begangene Straftaten, Terrorismusbezüge und weitere sicherheitsbezogene Merkmale überprüft? Falls ja, wie? Falls nein, warum nicht?
8. Welche Behörde oder welche Behörden und Abteilungen führen diese Überprüfungen gegebenenfalls durch?
9. Vor dem Hintergrund, dass sich auch Niedersachsen am 21. Juni 2024 für die Abschiebung von Menschen, die schwere Straftaten begangen haben, und Gefährdern nach Afghanistan und Syrien ausgesprochen hat⁶: Wie viele Personen wären in Niedersachsen hiervon betroffen (bitte aufschlüsseln nach Abschiebegrund [schwere Straftat begangen oder Gefährder] und Staatsangehörigkeit)?
10. Aus welchem Grund verfügt die Landesregierung über keinen Überblick über in unserem Land befindliche Menschen, die schwere Straftaten begangen haben? Verfügt die Landesregierung über eine Organisationseinheit, die dem „Sonderstab Gefährliche Ausländer“ aus Baden-Württemberg vergleichbar ist⁷? Falls nein, warum nicht?

⁵ Bundeskriminalamt, Kriminalität im Kontext von Zuwanderung, Bundeslagebild 2022.

⁶ sh. <https://www.mi.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/presseinformationen/beschlusse-der-innenministerkonferenz-in-potsdam-schwerpunkte-im-bereich-migration-und-kampf-gegen-verfassungsfeinde-233329.html>

⁷ Vgl. <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/jahresbilanz-des-sonderstabs-gefaehrliche-auslaender-2/>